

## Inhaltsverzeichnis

01	Trends der internationalen Migration: mehr hochqualifizierte Frauen « <i>Connecting with Emigrants</i> »	2
02	Die Qualität der Reglemente zählt « <i>OECD Regulatory Policy Outlook 2015</i> »	3
03	Für mehr Haushaltsdisziplin? 17 Länder wenden Vorsichtsregeln an « <i>The State of Public Finances 2015</i> »	4
04	Mehr Kohärenz in der Politik bitte! « <i>Better Policies for Development 2015</i> »	5
05	Der rote Drache wird grün « <i>World Energy Outlook 2015</i> »	6
06	Wird die Bewertung der Arbeitsproduktivität durch Messprobleme verfälscht? « <i>OECD Economic Survey: Switzerland 2015</i> »	7
07	Weitere Publikationen	8
08	OECD Kalender	8

## 01. Trends der internationalen Migration: mehr hochqualifizierte Frauen «Connecting with Emigrants»

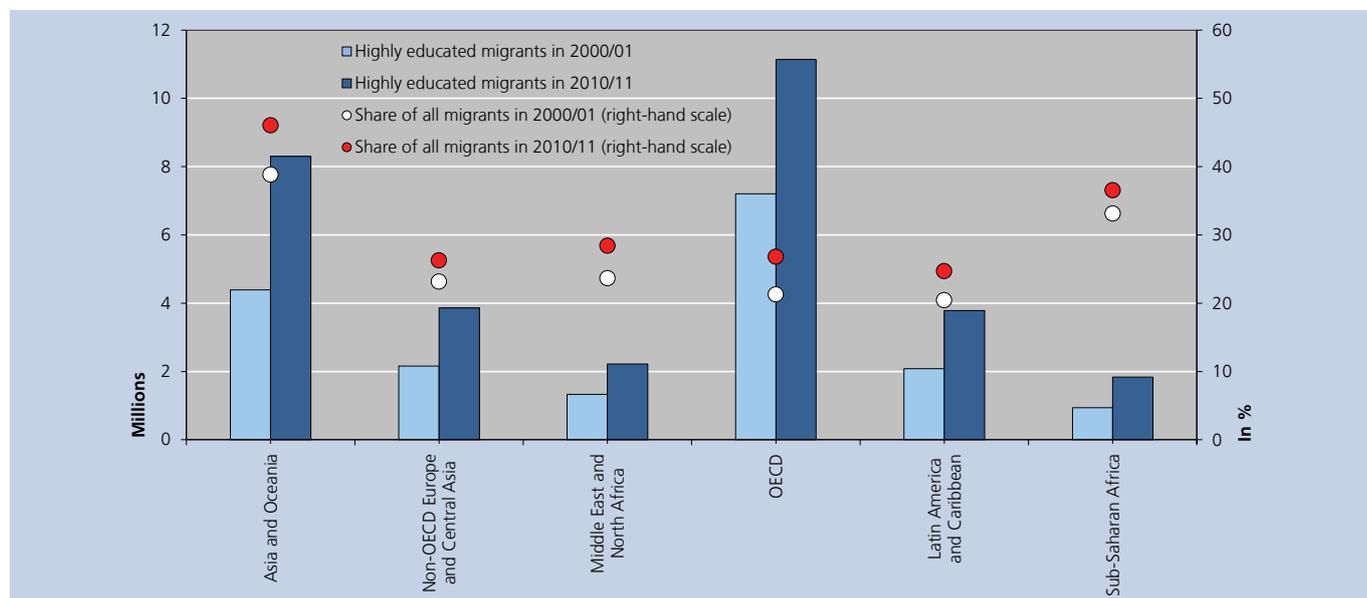
Die internationale Migration ist ein dynamisches Phänomen, das sich durch ein starkes Wachstum und einen ständigen Wandel auszeichnet. Die Herkunftsländer ändern immer mehr, neue Zielländer treten in den Vordergrund. Ausserdem sind die Migranten besser qualifiziert als früher, und die Frauen machen einen wachsenden Anteil der gesamten Migration aus. Das geht insbesondere aus der OECD-Publikation «Connecting with Emigrants» hervor, die in Zusammenarbeit mit der französischen Entwicklungsagentur veröffentlicht worden ist und die eine Vielzahl von Statistiken zur Migrationsbevölkerung in den OECD-Ländern und OECD-Nichtmitgliedern in sich vereint.

Die Gesamtzahl der Migranten im Alter von mehr als 15 Jahren ist 2010-2011 auf 113 Millionen angestiegen. In dieser Periode handelt es sich vorab um eine regionale Migration, da 45.5 Millionen (41%) der Migranten im OECD-Raum aus einem anderen OECD-Land kamen. Mehr als 11% aller Migranten in der OECD sind in Mexiko geboren. Grossbritannien, China, Indien und Deutschland folgen auf der Rangliste der fünf Staaten mit den meisten Emigranten. Bei den Zielländern stehen die USA in der OECD mit 39% aller Migranten mit Abstand an der Spitze. Danach kommen Deutschland, Grossbritannien, Frankreich und Kanada.

In 2010-2011 besaßen im OECD-Raum 31 Millionen Migranten eine höhere Bildung (30% aller Migranten im Vergleich zu 25% 2000-2001). Parallel dazu hat der Anteil an unqualifizierten Migranten abgenommen. Er sank von 41% (2000-2001) auf 33% (2010-2011). Der Anteil der hochqualifizierten Migranten nimmt in dieser Periode aus allen Herkunftsländern zu, wobei die stärkste Steigerung auf Afrika südlich der Sahara entfällt, wo sich ihre Zahl fast verdoppelt hat (siehe Grafik). Die Bestimmungsländer, die am meisten hochqualifizierte Migranten anziehen, sind die USA, Grossbritannien und Kanada. Die Migration wird auch immer mehr weiblich. Die Zahl der Frauen in der Migration ist in zehn Jahren um 42% gestiegen, während die Zahl der Männer in derselben Zeit um 39% wuchs. Vor allem unter den Hochqualifizierten ist die Zunahme der Frauen mit 80% zwischen 2000-2001 und 2010-2011 am markantesten. Diese Migrantinnen kommen zur Hauptsache aus Asien und Ozeanien sowie aus dem OECD-Raum.

> Inhaltsverzeichnis

### Highly educated migrants by region of origin, 2000/01 and 2010/11



## 02. Die Qualität der Reglemente zählt «OECD Regulatory Policy Outlook 2015»

In der ersten Ausgabe des Berichts «*OECD Regulatory Policy Outlook 2015*» veröffentlicht die OECD eine Bestandsaufnahme aus dem Themenbereich der Ausarbeitung, Umsetzung und Überprüfung der Gesetzes- und Reglementstexte in den OECD-Ländern. Die Zuständigen haben hinsichtlich der Mässigung sowie bei der Verwendung verlässlicher Angaben bei der Gesetzgebung echte Fortschritte erzielt. Dagegen könnte bei der Planung, beim Inkraftsetzen und der Evaluation der Texte noch einiges besser werden. Die OECD lädt darum die Mitgliedsländer zu grösseren Anstrengungen bei der Konzeption und Ausarbeitung neuer Gesetzestexte ein; denn jede Verbesserung in diesem Bereich kann sich positiv auf das Wirtschaftswachstum und das Wohlergehen auswirken.

Die Verbesserung der Texte kann gewinnbringend sein: In Grossbritannien beispielsweise hat die Verminderung administrativer Formalitäten den Unternehmen in vier Jahren Einsparungen von 10 Milliarden Pfund Sterling gebracht. Australien hat mit Reformen zur Kostensenkung in der Reglementierung 1.3% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinzugewonnen.

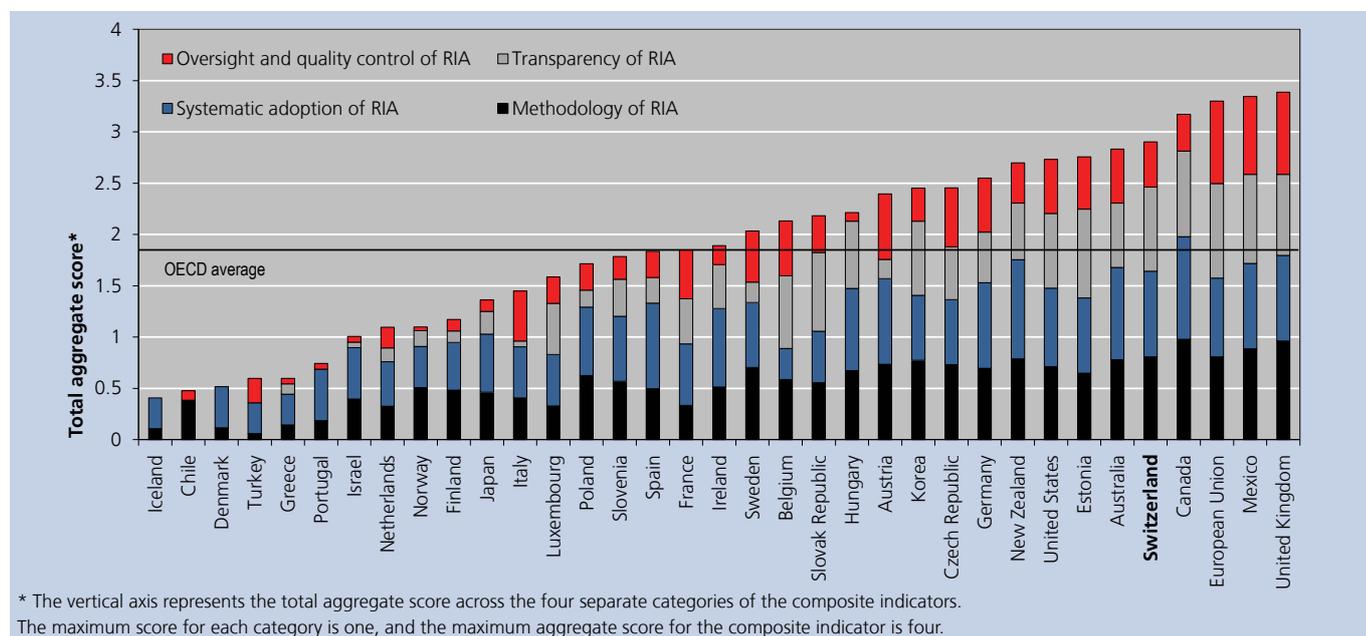
Im internationalen Vergleich steht die Schweiz besonders gut da, wenn man die Auswirkungen der Reglementierung analysiert (siehe Grafik). Bei jeder geplanten Reglementierung wird eine Analyse der Folgekosten durchgeführt. Die Bestimmungen der öffentlichen Vernehmlassungen über Gesetzestexte und der politischen Evaluation sind in der Verfassung verankert. Die OECD erwähnt namentlich die umfassende Untersuchung von 2013 als Beispiel, mit der der Bundesrat die

Kosten der staatlichen Reglementierung für die Unternehmen überprüft hat (Reglementierungs-Checkup). Dabei konnten dreissig Massnahmen zur Vereinfachung der Prozeduren identifiziert werden, die es erlauben, den Wirtschaftsplatz Schweiz zu stärken und seine Wettbewerbsfähigkeit auf einem hohen Niveau zu halten.

Die OECD betont zudem die wesentliche Bedeutung der internationalen Kooperation im Bereich der Reglementierung zur Schaffung internationaler Regeln und Normen, um kommerzielle Spannungen zu entschärfen, die Umwelt besser zu schützen und das Risiko eines Versagens der Reglementierung wie in der Finanzkrise von 2008 oder kürzlich im Volkswagen-Skandal zu reduzieren. Dennoch haben nur ein Drittel der OECD-Länder diesbezüglich eine klare Politik. Die aktuellen internationalen Verhandlungen über transatlantische und transpazifische Handelsverträge oder die Klimaverhandlungen anlässlich der COP21 verdeutlichen die wachsende Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit. Eine erfolgreiche Kooperation in der Reglementierung sollte vielleicht zuerst auf einem technischen Niveau beginnen: Als Beispiel wird die Zusammenarbeit innerhalb der OECD zur Verminderung der Zahl der Tests chemischer Produkte angeführt, die den Behörden und Unternehmen der OECD-Zone Einsparungen von jährlich 153 Millionen Euro ermöglicht.

> Inhaltsverzeichnis

### Composite indicator: Regulatory Impact Assessment for developing subordinate regulations



### 03. Für mehr Haushaltsdisziplin? 17 Länder wenden Vorsichtsregeln an «The State of Public Finances 2015»

In einer kürzlichen Veröffentlichung mit dem Titel «*The State of Public Finances 2015*» und dem Untertitel «Strategies for budgetary consolidation and reform in OECD countries» beschreibt die OECD die verschiedenen Strategien der Mitgliedsländer im Bereich der öffentlichen Finanzen nach der Krise von 2008. 32 von 34 Mitgliedern haben für dieses Unterfangen detaillierte Angaben zu ihrer Finanz- und Steuerpolitik zur Verfügung gestellt.

Nachdem die Wirtschaft der OECD-Länder 2007 noch durchschnittlich um 2.7% gewachsen war, folgte 2009 ein Rückgang um 3.4%. 2007 betrug das Defizit der öffentlichen Finanzen 1.5% des PNB, mit der Krise aber explodierten die Defizite, die 2009-2010 rund 8% erreichten. Das hatte unmittelbar eine höhere Verschuldung zur Folge, die im Durchschnitt von 80% des BNP im Jahr 2007 bis 2013 auf 118% anstieg. Nur in drei Ländern, in Israel, Norwegen und der Schweiz, nahm die Verschuldung in dieser Untersuchungsperiode nicht zu. Die Studie unterscheidet drei Phasen: 2007-2009 war die Periode, in der die Krise aktiv mit antizyklischen Mitteln bekämpft wurde, die ihrerseits zur Explosion der Defizite beitrugen. 2011-2012 war die Periode der Stabilisierung, in der gewisse Länder bereits mit dem Abbau der Defizite begannen. Von der Zeit 2012-2014 spricht die OECD als einer Periode der progressiven Konsolidierung, da die strukturellen Defizite bis 2014 bereits zur Hälfte reduziert worden sind.

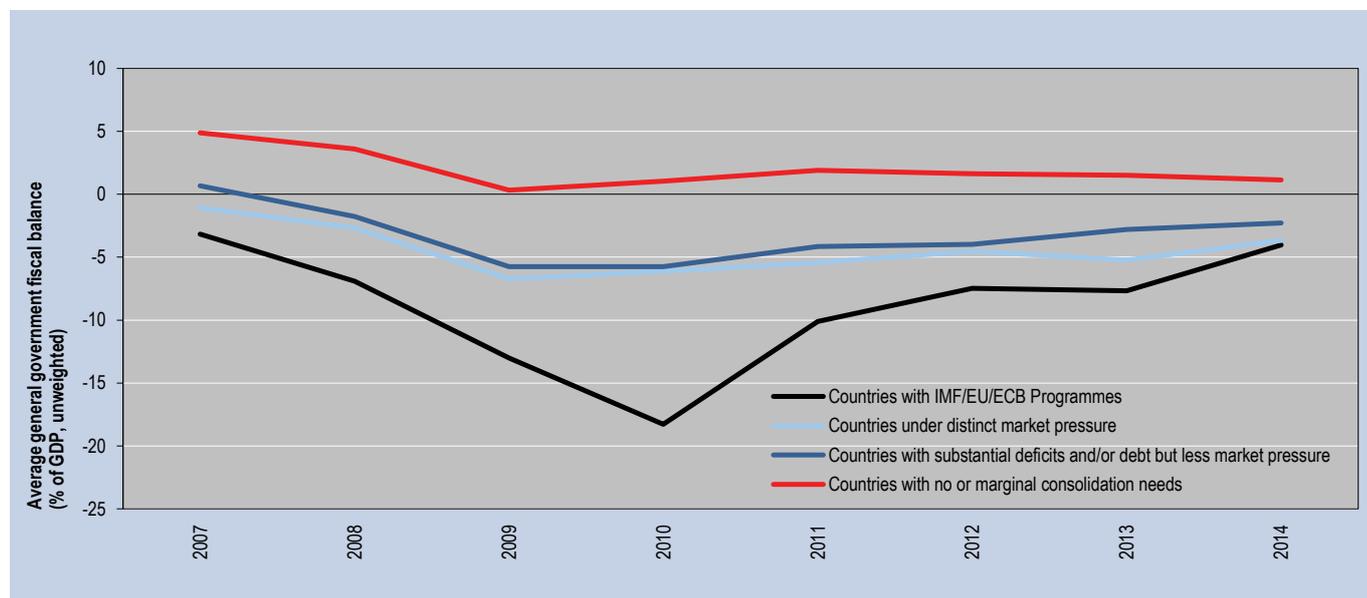
Den Charakteristiken ihres Anpassungsprozesses entsprechend können vier Kategorien von Ländern unterschieden werden (siehe Grafik):

- Die Länder, die im Rahmen eines internationalen Hilfsprogramms (IMF, EU) Unterstützung erhalten: Griechenland, Irland und Portugal;
- Länder unter relativem Druck der Märkte: Belgien, Ungarn, Italien, Polen, Slowakei, Slowenien, Spanien;
- Länder ohne Konsolidierungsbedarf: Australien, Chile, Estland, Korea, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Türkei;
- Der Rest der OECD-Länder, die entweder die 3%-Defizitgrenze der EU überschreiten (Österreich, Tschechische Republik, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Grossbritannien) oder die zu Sanierungen gezwungen sind (Kanada, Finnland, Island, Israel, Mexiko, Neuseeland, Japan, USA).

Abschliessend erwähnen die Autoren des Berichts, dass die extremen Budgetprobleme einige Länder veranlasst haben, Haushaltsregeln einzuführen, die weitgehend vom Mechanismus der Schweizer Schuldenbremse inspiriert sind. Wenn man die von der Europäischen Union angeordneten Massnahmen mitzählt, sind es 17 OECD-Länder, die solche Massnahmen beschlossen haben.

> Inhaltsverzeichnis

#### Fiscal policy responses 2007-2014 - Four country categories



## 04. Mehr Kohärenz in der Politik bitte! «Better Policies for Development 2015»

Wenn in der Politik Zielkonflikte zwischen verschiedenen Bereichen bestehen, kommt meist der Ruf nach mehr «Kohärenz in der Politik». Gemeint ist damit das Bemühen, das politische Handeln in verschiedenen Sektoren vermehrt zu koordinieren und damit die Qualität unserer Politik insgesamt zu verbessern, namentlich in Richtung von Zielsetzungen wie Nachhaltigkeit und Entwicklung. Die Frage, wer allerdings in parlamentarischen Staaten mit einer demokratischen Verfassung die Macht hätte, diese Kohärenz in der Politik durchzusetzen, beantwortet der neue OECD-Bericht nicht. Aber er befasst sich mit einer Problematik, die gerade im Jahr der Klimakonferenz (COP21) und der Nachhaltigkeitsziele für 2030 (SDGs) besonders relevant ist.

Die SDGs «Sustainable Development Goals» sind ein Paradebeispiel für eine umfassende und komplexe Agenda, bei der sich das Problem eines kohärenten politischen Handelns besonders dringlich stellt. Der Bericht führt dafür zunächst bereits bekannte Beispiele aus der Entwicklungs- und Klimapolitik an: globale Finanzflüsse, Wirtschaft mit verminderten CO<sub>2</sub>-Emissionen, Ernährungssicherheit. Danach wird ausgeführt, worum es bei der Kohärenz in der Politik in den SDGs genau geht.

Jeder der 17 Zielsetzungen (Armut, Hunger, Gesundheit, Bildung...) sind mehrere Unterziele oder «targets» zugeordnet, von denen es insgesamt 169 gibt. Zwischen diesen ergeben sich eine Unmenge von politischen Interaktionen, sobald man sie in einer Matrix untereinander in Beziehung setzt. Ergeben sich bei diesen Wechselwirkungen Synergien, handelt es sich um Zielkonflikte oder bloss wichtige Rahmenbedingungen «ena-

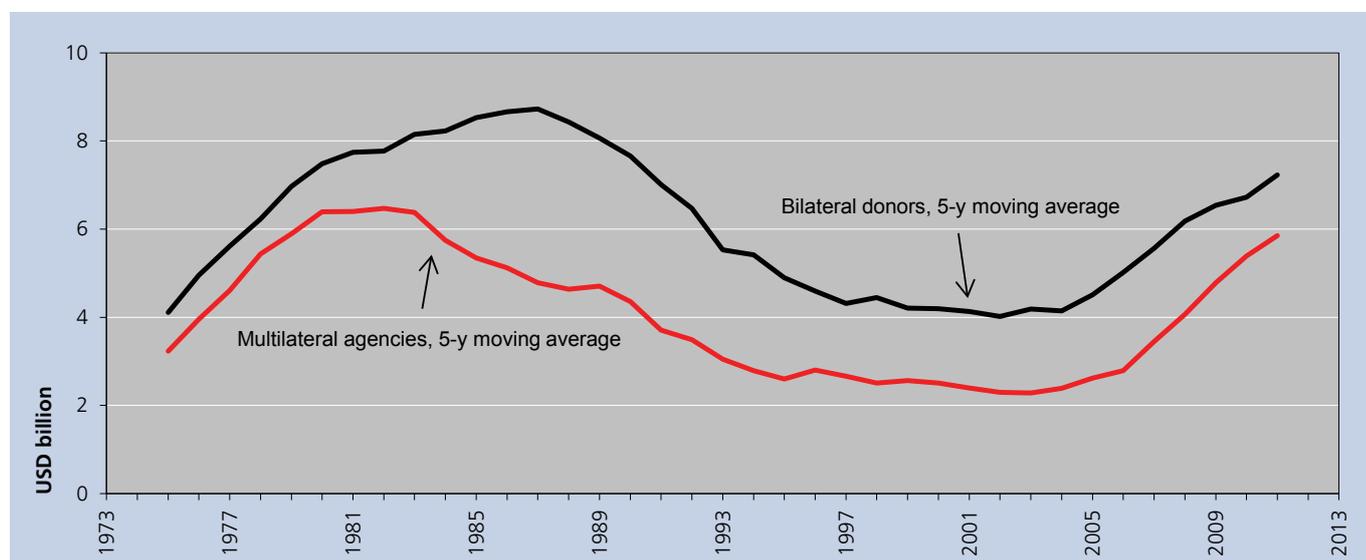
blers»? Es ist nicht einfach, zu differenzieren und die Unterscheidungen analytisch und empirisch gut zu begründen. Statt von kausalen Zusammenhängen «*proven linkages*» zu sprechen, ziehen es die Autoren des OECD-Berichts vor, mit Vorsicht von möglichen «*policy interactions*» zu reden.

Als Beispiel zur Erläuterung: Ist das Unterziel den Hunger zu beenden, kompatibel mit dem Ziel den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen, wenn dazu immer mehr Land zur Produktion von Biotreibstoffen verwendet wird? Die Frage bleibt offen, denn die OECD hat dazu als Antwort keine statistischen Daten, wie sie für die Investitionen in die landwirtschaftliche Forschung, ein «globales öffentliches Gut» existieren, mit denen sich die Entwicklungszusammenarbeit seit Langem befasst. Diese Investitionen sind zwischen 1988 und 2001 um fast die Hälfte gesunken, um anschliessend wieder zuzunehmen (siehe Grafik) Hier dürfte es sich um eine wichtige Rahmenbedingung für SDG über den Hunger handeln.

Daraus kann man das Fazit ziehen: Bei den Fragen nach der Kohärenz in der Politik stösst man auf komplexe kausale Beziehungen, die uns weit über die Bereiche hinaus führen, in denen die OECD mit ihren Daten Antworten anbieten kann. Umso mehr muss die Analyse spezifisch und gut begründet sein. Zur Forderung nach mehr Kohärenz in der Politik können wir als Schlusswort den früheren DAC-Vorsitzenden Brian Atwood zitieren: «Die Antwort darauf ist es, die Politik verschiedener Sektoren auf Inkohärenz zu prüfen und diese infrage zu stellen».

> Inhaltsverzeichnis

### Trends on aid to Agriculture and Rural Development, 1973-2013, ODA commitments, constant 2013 prices



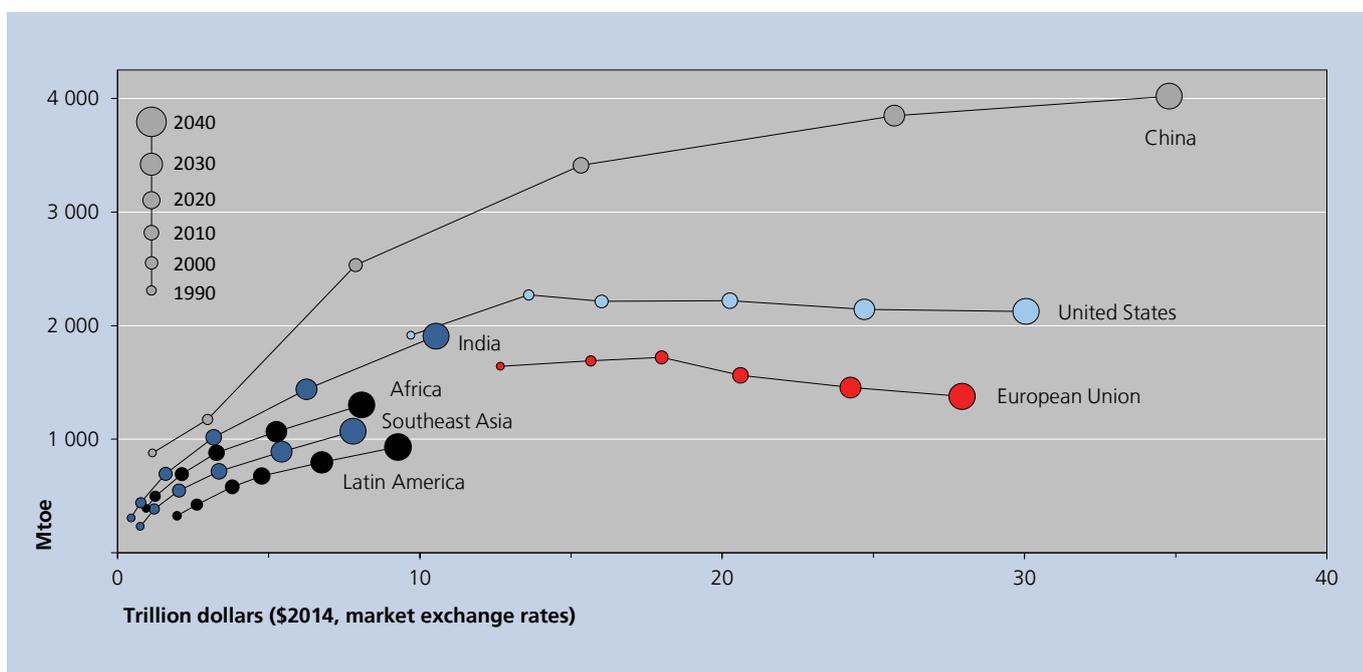
## 05. Der rote Drache wird grün «World Energy Outlook 2015»

Der «World Energy Outlook» (WEO) ist die Flaggschiffpublikation der Internationalen Energieagentur (IEA). Der diesjährige WEO wurde im Vorfeld zum IEA Ministertreffen 2015 publiziert. Auch dieses Jahr können wieder wichtige energiepolitische Erkenntnisse gewonnen werden. Zum Beispiel, dass Chinas starre politische Struktur eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit beweist, wenn es darum geht, sich auf neue weltwirtschaftliche und (umwelt)politische Gegebenheiten einzustellen. China reformiert nicht nur sein Wirtschaftsmodell, sondern richtet dieses auch auf einen verminderten Energieverbrauch aus. Dieser Wechsel hat bedeutende Auswirkungen auf das globale Energiesystem: China bleibt mit Abstand der grösste Produzent und Konsument von Kohle. Dennoch ist das Land dabei bedeutende Kapazitäten bei der Produktion erneuerbarer Energien aufzubauen. Im Jahr 2030 dürfte China die USA als Spitzenreiter im Erdölverbrauch überholen und einen grösseren Erdgasmarkt als die EU haben. Obwohl Chinas Wirtschaftsfokus von der Schwerindustrie (die Stahl- und Zementindustrie haben 2014 voraussichtlich ihren Höhepunkt erreicht) in Richtung Dienstleistungswirtschaft verlagert wird, sollte der Energieverbrauch im Jahr 2040 rund doppelt so hoch sein wie derjenige der USA. China wird indes

85% weniger Energie benötigen, um das Wachstumstempo der letzten 25 Jahre zu halten. Dieser Strategiewechsel bringt ein stark modifiziertes Energieangebot mit sich, das weniger von der Expansion abhängig ist. So wird zum Beispiel ab 2017 im Energiesektor und in der Schwerindustrie ein Emissionshandel eingeführt, der den Kohleverbrauch reduzieren sollte. Nur 3% des Energieverbrauchs wurde 2005 von Standards der Energieeffizienz (in der Industrie, im Bausektor und im Transportsektor) erfasst, heute sind es bereits 50%. Parallel dazu wird China seinen Energiebedarf zunehmend dank einer Kombination von Wind-, Solar, Wasser- und Kernkraft decken, was eine weitere Steigerung der CO<sub>2</sub>-Austösse begrenzen und um 2030 zu einem Höchststand führen sollte. Chinas Übergang zu einem Wachstumsmodell mit einem diversifizierten und effizienteren Energieverbrauch wird die Energiemärkte völlig umgestalten. Indien dagegen wird China überholen und aufgrund seiner Industrialisierung die meiste Energie im Verhältnis zu seiner Wirtschaftsleistung brauchen (siehe Grafik).

> Inhaltsverzeichnis

### Primary energy demand and GDP by selected region in the New Policies Scenario, 1990-2040



## 06. Wird die Bewertung der Arbeitsproduktivität durch Messprobleme verfälscht? «OECD Economic Survey: Switzerland 2015»

In ihrem jüngsten Länderbericht zur Wirtschaftspolitik der Schweiz hält die OECD fest, dass das Pro-Kopf-Einkommen der Schweiz zwar über dem OECD-Durchschnitt liege, dies jedoch mehr dem hohen Anteil der Erwerbstätigkeit und dem Beschäftigungsgrad zu verdanken sei als der Arbeitsproduktivität. Die OECD kritisiert insbesondere den Umstand, dass die Entwicklung der Reallöhne getrennt von derjenigen der Arbeitsproduktivität verlaufen sei: Die Reallöhne sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen, während die Arbeitsproduktivität stagniert habe (siehe Grafik). Dabei wird vermutet, dass die schwache Produktivitätssteigerung teilweise auf eine Zunahme der Stellenzahl in Wirtschaftssektoren mit tiefer Produktivität zurückzuführen sei. Diese Vermutung wird durch den Hinweis auf eine rasantere Beschäftigungszunahme in staatlichen und halbstaatlichen Unternehmungen belegt, wo sie im Zeitraum von 2003 bis 2013 25% betrug, während im Unterschied dazu die Gesamtbeschäftigung um 15% zunahm.

Die Bemerkung der OECD zur Entwicklung der Reallöhne ist unbestritten – deren Anstieg ist auf die rückläufige Inflation im Zuge der starken Aufwertung des Schweizer Francs zurückzuführen. Erstaunlicher ist dagegen die Feststellung, dass die Arbeitsproduktivität stagniere. Zu erwarten war doch, dass das Abkommen der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und den EU-Staaten, das 2002 inkraft getreten ist und das gemäss Bundesrat und Wirtschaftsverbänden vor allem zu einer Zuwanderung von Hochqualifizierten geführt

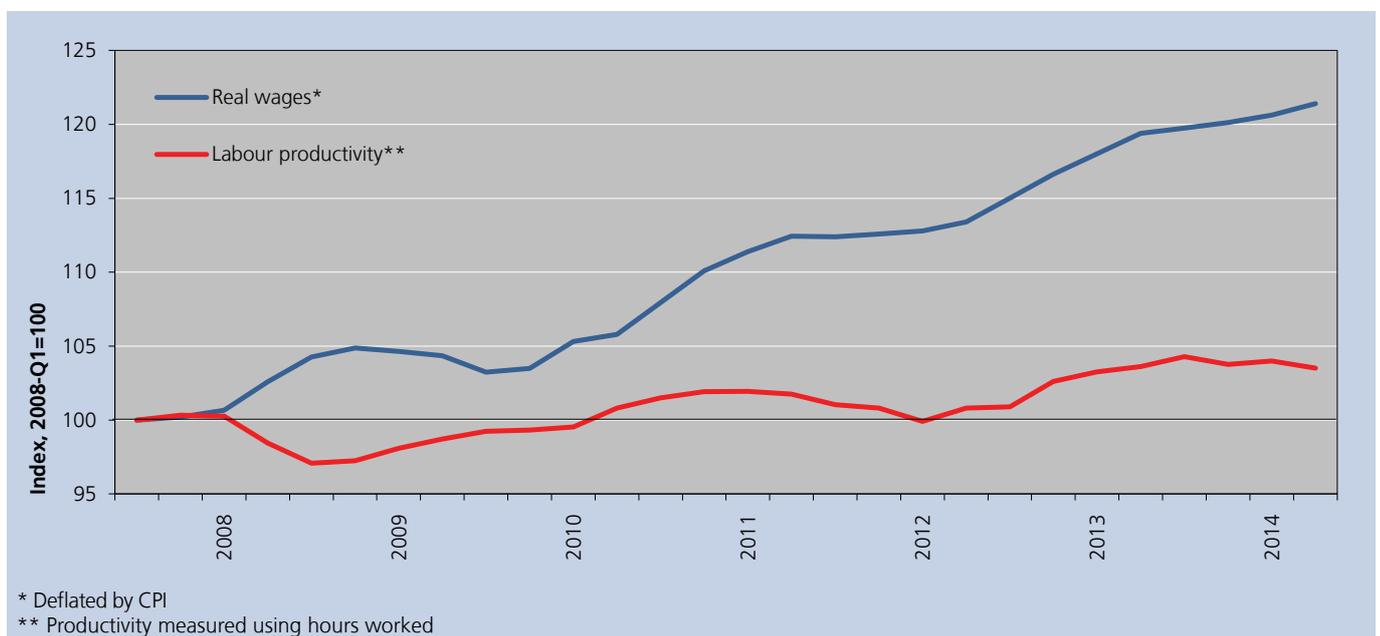
hat, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bewirken würde. Muss man nun den Schluss ziehen, dass die Unternehmen der Exportwirtschaft wegen der Erosion ihrer Profite im Gefolge der Aufwertung des Francs die Innovation bzw. Produktivitätssteigerungen nicht als dringend erachtet haben?

In einigen Schweizer Sektoren wie in der Bauwirtschaft, im Tourismus oder in der Landwirtschaft ist eine Steigerung der Produktivität naturgemäss ein schwieriges Unterfangen: Arbeit kann nur bedingt durch Kapital ersetzt werden. Die Abschottung des schweizerischen Binnenmarktes beeinträchtigt die Bilanz zusätzlich. Jedoch ist auch zu vermuten, dass bei dieser Messung der Produktivität Probleme bestehen, die einen statistischen und auch internationalen Vergleich erschweren. Gemeint sind vor allem die Messprobleme im Dienstleistungssektor, der in hochentwickelten Volkswirtschaften zu rund zwei Dritteln zur Wertschöpfung beiträgt. Viele Leistungen können nur ungenau oder überhaupt nicht erfasst werden; Angaben über Mengen und Preise stehen nur lückenhaft zur Verfügung.

Jedenfalls hat die Schweiz mit dem Bericht «Grundlagen für die Neue Wachstumspolitik» vom Januar 2015 bewiesen, dass sie sich der Problematik ungleicher Produktivitätsentwicklungen durchaus bewusst ist und die erforderlichen Voraussetzungen für eine Abhilfe schaffen will.

> Inhaltsverzeichnis

### Real hourly wages have decoupled from labour productivity growth



## 07. Weitere Publikationen

«*How's Life 2015 – Measuring Well-being*»

Paris, 13. Oktober 2015

«*Climate Change Mitigation – Policies and Progress*»

Paris, 20. Oktober 2015

«*Environment at a Glance 2015 – OECD Indicators*»

Paris, 26. Oktober 2015

«*Health at a Glance – OECD Indicators*»

Paris, 4. November 2015

«*OECD Guidelines on Corporate Governance of State-Owned Enterprises, 2015 Edition*»

Paris, 19. November 2015

«*Education at a Glance 2015 – OECD indicators*»

Paris, 24. November 2015

«*Pensions at a Glance 2015 – OECD and G20 indicators*»

Paris, 1. Dezember 2015

## 08. OECD-Kalender

2015 Green Growth and Sustainable Development Forum

Paris, 14.-15. Dezember 2015

10th Ministerial Conference WTO

Nairobi, 15.-18. Dezember 2015

Policy Forum on the Future of Work and OECD Employment and Labor Ministerial Meeting

Paris, 14.-15. Januar 2015

4th OECD Parliamentary Days

3.-5. Februar 2016